

Das Präsidium des Landesparteirats und die unterzeichnenden Mitglieder, Vertreterinnen und Vertreter und Mandatsträger aus den Stadt- und Kreisverbänden der Rheinland-Pfälzischen **LINKEN** legen dem Landesparteiirat folgende Resolution vor:

Braubacher Erklärung

Stoppt endlich den menschenfeindlichen Bahnlärm im Rheintal

DIE LINKE.

Rheinland-Pfalz
Braubach/Rhein, 21. April 2010

Seit Jahren werden die Menschen beiderseits des Rheins zwischen Mainz und Bonn von stetig wachsendem Bahnlärm geplagt. Teilweise im Zwei-Minuten-Takt durchqueren inzwischen 24 Stunden Tag und Nacht infernalisch lärmende Güterzüge die malerischen Rheinorte und rasen mit donnerndem Getöse in lebensgefährlicher Geschwindigkeit durch Personenbahnhöfe und wenige Meter an den unmittelbar am Schienenstrang gelegenen Häuser, Touristenhotels und Arbeitsplätzen vorbei. Obwohl beide Rheinstrecken zwischen der Schweiz und den Nordseehäfen seit Jahrzehnten elektrifiziert sind, wächst infolge der Privatisierung des Güterverkehrs der Anteil der Dieseltraktion, die zusätzliche menschen- und umweltfeindliche Lärm-, Feinstaub und Abgasbelastungen erzeugt. Die von den vielen Gefahrguttransporten ausgehenden enormen Sicherheitsrisiken für die Menschen und die Umwelt werden systematisch totgeschwiegen.

Die Menschen- und Umweltfeindlichen Zustände im Mittelrheintal sind inzwischen unerträglich geworden. Die Nachtruhe der Menschen ist ebenso wie der Tagesverlauf durch die Bahnverkehrsbelastungen auf das Schwerste gestört. Der Tourismus, der in den zum Weltkulturerbe zählenden malerischen Rheinorten seit mehr als zwei Jahrhunderten bedeutsamer Wirtschaftsfaktor und Kernbereich des Arbeitsplatzangebots bildet, ist in inzwischen in seiner Substanz gefährdet, weil der unerträgliche Bahnlärm nicht einmal mehr den sich nur zeitlich begrenzt im Rheintal aufhaltenden Touristen aus aller Welt zuzumuten ist.

Von der Sicherstellung des vom Grundgesetz und der einschlägigen UN-Erklärung garantierten Menschenrechts auf körperliche und seelische Gesundheit und angemessener Lebensqualität kann für die Bewohner des Rheintals keine Rede sein. In den vier Bundesländern Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Hessen und Nordrhein-Westfalen werden die Bewohner des Rheintals von den in Bund und Ländern verantwortlichen Politikern der CDU, der SPD und der Grünen immer wieder hingehalten und vertröstet und mit Scheinaktivitäten hinter das Licht geführt. Eine Begrenzung, geschweige denn eine Umkehr der schlimmen Entwicklung ist nirgendwo erkennbar.

Außer pressewirksamen Erklärungen passiert nichts. Der angebliche Streit der rheinland-pfälzischen und hessischen Landesregierungen mit Bundesverkehrsminister Ramsauer über die erst noch zu planende und frühestens in dreißig Jahren fertig werdende alternative Schienenstrecke für den Güterfernverkehr ist nur Theaterdonner. Denn in Wirklichkeit finden unter den politisch Verantwortlichen nicht einmal vage Diskussionen darüber statt, geschweige denn Ansätze zur konkreten Planungen und den Versuch, Aktivitäten der vier Bundesländer gegenüber der Bundesregierung und der Deutschen Bahn wirksam zu koordinieren.

Das Präsidium des Landesparteirats und die unterzeichnenden Mitglieder, Vertreterinnen und Vertreter und Mandatsträger aus den Stadt- und Kreisverbänden der Rheinland-Pfälzischen LINKEN legen dem Landesparteirat folgende Resolution vor:

Der tiefere Grund dafür liegt in der mangelnden Bereitschaft der neoliberalen Parteien CDU/CSU, SPD, GRÜNE und FDP, das Wohl der Menschen und ihrer Umwelt über die Profitinteressen der Privatwirtschaft zu stellen, wie es das Grundgesetz verlangt. Ernsthafte Versuche, die Bahn dazu zu zwingen, ohne Rücksicht auf Profitinteressen beim Schienengebundenen Güterfernverkehr die Einhaltung des Menschenrechts auf Gesundheit und gute Lebensqualität unter oberste Priorität zu stellen, unterbleiben nach wie vor.



Stoppt den unerträglichen Lärm- und Umweltterror durch den Güterverkehr der Bahn im Rheintal hier und jetzt!

DIE LINKE erklärt sich solidarisch mit den vom Bahnlärm und damit einhergehenden Umweltbelastungen geplagten Menschen im Rheintal und unterstützt ohne Wenn und Aber ihre Initiativen und ihre Gegenwehr. Wir verurteilen Rosstäuscherei und Verlautbarungsbetrug der Verantwortlichen in CDU, der SPD, der GRÜNEN und der FDP und die ständige Versuche, die um ihre Menschenrechte geprellten Bürgerinnen und Bürger über politische Untätigkeit hinweg zu täuschen und mit Scheinaktivitäten hinter das Licht zu führen und. Hier und jetzt und nicht erst am St. Nimmerleinstag muss den in Gesundheit und Lebensqualität erheblich gefährdeten und eingeschränkten Menschen beiderseits des Rheins zwischen Mainz und Bonn geholfen werden:

- Die drastische Verminderung der Güterzuglängen, der Fahrtgeschwindigkeit, der Taktzeiten und der beschleunigte Ersatz des technisch veralteten Wagenmaterials kann schon kurzfristige Erleichterung bringen. Zugleich müssen in erheblichem Ausmaß Lärmdämmende Maßnahmen am Gleisunterbau und den Schienen durchgeführt werden. Die voll elektrifizierten Rheinstrecken müssen von der Abgas-, Feinstaub- und Lärmintensiven Dieseltraktion vollständig freigehalten werden.
- Um zugleich die langfristige Problemlösung voranzutreiben, müssen die vier verantwortlichen Bundesländer ab sofort durch koordinierte Aktionen im Bundestag und Bundesrat Planung und Realisierung einer alternativen Nord-Süd-Magistrale für den Schienengebundenen Güterfernverkehr in Angriff nehmen, die die Umwelt schon und die Menschenrechte der Anlieger auf körperliche und seelische Gesundheit und angemessene Lebensqualität gewährleisten kann.